



Amherd will Preis der Kampffjets drücken

Beschaffung Gegengeschäfte beim Rüstungskauf sind teuer und korruptionsanfällig. Sicherheitspolitiker aller Parteien sind erfreut, dass Verteidigungsministerin Viola Amherd überprüfen lässt, ob auf solche Deals verzichtet werden kann.

Henry Habegger

Ein massgeblicher Manager eines Kampffjetherstellers sagte kürzlich im Gespräch mit der Redaktion von CH Media: «Wenn ich hier sage, um wie viel die Kompensationsgeschäfte die Flugzeuge verteuern und was unsere Haltung dazu ist, dann kostet mich das den Kopf.» Der Mann schwieg auch auf Nachfrage ziemlich standhaft. Das einzige, was er sich entlocken liess: «Kompensationsgeschäfte sind korruptionsanfällig, die Hersteller können dabei nur verlieren, auch ihren Ruf.»

Aber der Bundesrat hat noch vor der Wahl der neuen Verteidigungsministerin Viola Amherd entschieden, bei der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und Luftabwehrraketen – dem sogenannten Projekt Air 2030 – von den Herstellern zu verlangen, dass sie das Auftragsvolumen zu 100 Prozent kompensieren. Also der Schweizer Industrie im Umfang der 8 Milliarden, die für Air 2030 aufgeworfen werden, Gegengeschäfte zuzuhalten, auch Offset genannt.

Korruptionssumpf in Österreich

Was mit Gegengeschäften passieren kann, erfuhr Airbus – der Hersteller des Eurofighter – in Österreich. Unsere östlichen Nachbarn verlangten nicht weniger als 200 Prozent Offset, als sie im Jahr 2002 den Eurofighter bestellten. Viel zu viel für ein Land mit wenig einschlägiger Industrie. Resultat

war eine bis heute nicht fertig aufgearbeitete Korruptionsaffäre. Von bis zu 100 Millionen Schmiergeld ist die Rede. Gegengeschäfte öffnen Tür und Tor für Geschäftemacher und Vermittler, die sich über Provisionen ein Stück vom Kuchen sichern wollen. Peter Pilz, ehemaliger Grünen aus Wien, hielt später fest:

«Im Schatten der Rüstungskonzerne existiert in Europa ein Gegengeschäftsbasar.» Alle möglichen Geschäfte würden nachträglich gegen Bezahlung von Provisionen als Offset deklariert. Im Fall Österreichs von der WC-Papiermaschine bis zur Modekette. Jetzt hinterfragt Viola Amherd die Gegengeschäfte, berichtete die NZZ kürzlich. Ende März hat die CVP-Frau dem ehemaligen Direktor der Finanzkontrolle (EFK), Kurt Grüter, den Auftrag erteilt, bis Ende April eine neue Beurteilung zu verfassen. Grüter hatte die Kompensationsgeschäfte bereits als EFK-Direktor kritisch hinterfragt.

Amherds Vorstoss kommt bei Sicherheitspolitikern durchweg gut an. «Finde ich gut, dass sie das überprüft,» sagt Pilot und

«Gegengeschäfte verteuern immer auch den Kaufpreis.»

Alois Gmür

Nationalrat (SVP/SZ)

SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH). «Offset ist grundsätzlich für unsere eigene Industrie gut, Stichwort Transfer von Know-how. Allerdings wird immer sehr viel als Offset angerechnet, und es kommt manchmal die Frage auf, ob so etwas wirklich noch sinnvolles Offset ist. Zudem verteuert Offset immer auch den Kaufpreis.» Der Schwyzer CVP-Nationalrat Alois Gmür sagt: «Es gibt gewichtige Vertreter der Schweizer Industrie, die diese Offset-Geschäfte in Frage stellen. Es ist wichtig für die Abstimmung, dass der Nutzen der Offset-Geschäfte nachvollziehbar ist oder eben nicht.» Gmür spricht damit Pilatus-Chef Oskar Schwenk an, der 2014 sagte: «Offsetgeschäfte sind ein absoluter Blödsinn.» Er bezifferte die Mehrkosten, die den Unternehmen entstehen, auf 20 Prozent. Als Flugzeughersteller weiss Schwenk, wovon er spricht. 20 Prozent Mehrkosten. Bei einem Air-2030-Volumen von 8 Milliarden Franken entspräche das 1,6



Milliarden. Der Gegenwert für eine ganz dickes Raketenabwehrsystem oder für um die zehn zusätzliche Kampfjets. Die Schweiz geht derzeit davon aus, 30 oder 40 neue Flugzeuge zu kaufen.

Die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti sagt: «Ich begrüße es sehr, wenn man «Althergebrachtes» überprüft. Die Offsetfrage könnte ja auch vor allem bezüglich Höhe überprüft werden.» SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler Graf (ZH) meint: «Die SP war immer der Meinung, dass Offset die Geschäfte unverhältnismässig verteuert, obwohl die sogenannte «Industrieförderung» höchst ungewiss und zufällig ist.» Laut der Zürcherin soll auch Guy Parmelin zu Beginn skeptisch gegenüber Kompensationsgeschäften eingestellt gewesen sein. «Doch» – so

Seiler Graf – «der Druck der Industrie – und ich denke auch der Mehrheit des Bundesrates – war aber offenbar zu gross.»

Parmelin biss auf Granit

Allerdings stellte auch Amherds Vorgänger Parmelin die Gegengeschäfte schon in Frage. So sagte er etwa: «Es kostet mehr. Und man muss sehr aufpassen: In Österreich kam es zu Korruption bei Gegengeschäften.» Aber Parmelin biss bei der Industrie und im Bundesrat offenbar auf Granit.

Auch FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger (AG) ist dafür, dass Amherd einen neuen Anlauf nimmt. «Nicht weil ich ihrem Vorgänger nicht trauen würde. Aber Kompensationsgeschäfte haben einen Haken, was den Preis betrifft. Auf der einen Seite

sorgen sie für Beschäftigung sowie Know-how und generieren Steuersubstrat. Aber auf der anderen Seite verteuern sie die Rüstungsgüter.» Die direkten Kompensationsgeschäfte finde sie «grundsätzlich sinnvoll und gut», sagt Eichenberger. Aber die indirekten Gegengeschäfte, die nichts mit dem Auftrag zu tun haben, hinterfrage sie. «So ist für mich vorstellbar, dass sich der Bundesrat am Schluss für eine Mischlösung entscheidet: Beispielsweise nur 80 Prozent Kompensation, und nur direkte Gegengeschäfte.» Viola Amherd nimmt also gerade einen neuen Anlauf, die Gegengeschäfte zu kappen und damit den Preis für die Kampfjets zu drücken. Ob sie damit am Ende durchkommt, ist allerdings alles andere als sicher.

Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt
9001 St. Gallen
071 227 69 00
www.tagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 30'384
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 5
Fläche: 74'200 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 73286235
Ausschnitt Seite: 3/3



Ein Kandidat für die Schweizer Luftwaffe: der Eurofighter Typhoon.

Bild: EQ Images